

# Offener Brief

an Finanzreferenten LH Thomas Stelzer

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

die oberösterreichischen Gemeinden stehen zum Jahreswechsel 2023/2024 mit dem Rücken zur Wand – nicht, weil sie schlecht gewirtschaftet haben, nicht weil sie zu viel Personal haben, nicht weil sie spekuliert haben, sondern nur, weil sie ihren Pflichtzahlungen an das Land Oberösterreich nachkommen.

Im direkten Bundesländervergleich weisen die oberösterreichischen Gemeinden die höchste Transferbelastung durch Umlagen auf. Das Land Oberösterreich belastet die Städte und Gemeinden mit enormen Steigerungen der Umlagen in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Ohne entschlossenes Gegensteuern und ohne zusätzliche Finanzmittel von Bund und Land fehlen den Gemeinden - je nach Ertragslage - die liquiden Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben.

Viele Kommunen kommen angesichts der steigenden Kosten für Personal, Energie, Gesundheit und Pflege in der Finanzierung nicht mehr hinterher. Der Ausblick auf das kommende Finanzjahr 2024 hat folgende Auswirkungen:

- Immer mehr Gemeinden in OÖ können ihren Finanzhaushalt nicht ausgleichen, müssen Rücklagen auflösen, haben kaum mehr Investitionsspielräume und fallen somit als wirtschaftliche Auftraggeber in der Region weg
- Zukunftsweisende Projekte sind einzustellen, die Gemeinden können nur mehr - oder besser gesagt, kaum mehr - das tun, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind
- Wegfall von Förderungen für das oö. Vereins-, Kultur- und Sportleben
- Investitionen in zeitgemäße Kinderbildungseinrichtungen, die Energiewende und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kommen zum Erliegen

In Anbetracht der dramatischen Situation braucht es eine Evaluierung der derzeit geltenden Gemeindefinanzierung NEU, sowie einen „**OÖ-Finanztransfergipfel**“ zur raschen Umsetzung folgender Maßnahmen:

- o Entlastung der Gemeinden von Zahlungen in Bereichen, in denen sie keine Einflussmöglichkeiten haben (Landesumlage, Krankenanstaltenbeiträge)
- o Umlagenbremse und schrittweise Reduzierung des negativen Transfersaldos für die öö. Gemeinden durch eine Entflechtung des öö. Transfersystems
- o Adaptierung der Gemeindefinanzierung NEU
- o Längst überfällige Reform gemeindeeigener Abgaben wie der Zweitwohnsitzabgabe. Damit verbunden ist auch die dringend erforderliche Umsetzung einer Leerstandsabgabe, welche bereits vier Bundesländer (Tirol, Salzburg, Steiermark und Vorarlberg) eingeführt haben

Um alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche abzudecken und einen Zusammenbruch der regionalen Wirtschaftsstandorte sowie die damit verbundenen negativen Auswirkungen für ganz Oberösterreich zu verhindern, ist eine finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden notwendig. Diese muss entscheidend besser für die Kommunen ausfallen als der paktierte Finanzausgleich.

Im Namen der sozialdemokratisch geführten Städte und Gemeinden Oberösterreichs:

Ulrich Wagner L. Abg. Bezirk Steyr	Adri Aigist	Gabriele Schwanzer
Walter Kumpfle	Bettina Lancaster	Ernst Fuchs
Wolfgang Gumpert	Peter Meis	Thomas Fuchs
Hofmeister Schick	Bildner Carl	Th
Kobler Peter	Anton G. Huber	Huber
St	Peter Mayer	Huber
St	F. Huber	Huber
St	Ulrich Wagner	Huber
Schönbauer	Ulrich Wagner	Christian Menard
	2 Georg Schilcher	
	St. Thoma	St. Thoma

Becker

Richard Anderson

D. M. L.

John H. [unclear]